

Burgdorf, 19.11.2014

P R O T O K O L L

über die Sitzung **des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport** der Stadt Burgdorf am **12.11.2014** in der Aula der Gudrun-Pausewang-Grundschule, Grünewaldstraße 1, 31303 Burgdorf

17.WP/SchKuSpo/019

Beginn öffentlicher Teil: 16:00 Uhr
Beginn vertraulicher Teil: Uhr

Ende öffentlicher Teil: 20:43 Uhr
Ende vertraulicher Teil: Uhr

Anwesend: **Vorsitzender**

Braun, Hartmut

stellv. Vorsitzender

Zschoch, Mirco

Mitglied/Mitglieder

Birgin, Gurbet

Vertretung für Herrn Kai Peters

Bublitz, Werner

Vertretung für Frau Birgit Meinig

Gersemann, Christiane

Heldt, Gabriele

Hinz, Gerald

Vertretung für Herrn Michael Rheinhardt

von Oettingen, Gero

Grundmandatar/e

Obst, Wolfgang

ElternvertreterIn

Eggers, Günter

Lehrervertreter

Oerke, Annette

Beratendes Mitglied für den Bereich Kultur

Berz, Hubert

ab 16.30 Uhr

Beratendes Mitglied für den Bereich Sport

Runge, Alfred

Gast/Gäste

Herbst, Anne

ARGE 21

Herzberg, Sandra

Leiterin GPGS

Hofmann, Carolin

Schulvorstand Gymnasium

Loske, Michael

Leiter Gym. Burgdorf

Schaper, Frank

ARGE 21

Stelzer, Thorsten

Schulvorstand GPGS

Schulelternratsvorsitzender

Verwaltung

Barm, Henry
Baxmann, Alfred
Heuer, Stefan
Kugel, Michael
Lehmann, Robert
Philipps, Lutz
Stakemann, Werner

TAGESORDNUNG

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung
2. Mitteilungen des Bürgermeisters
- 2.1. Mitteilung - Sachstand Sanierung Hallenbad
Vorlage: 2014 0746

Schulangelegenheiten

3. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule
- 3.1. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Weiteres Vorgehen
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389,
2014 0547, 2014 0665
Vorlage: 2014 0716
- 3.2. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Folgekostenberechnung
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389,
2014 0547, 2014 0665
Vorlage: 2014 0716/1
- 3.3. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Fragenkatalog
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389,
2014 0547, 2014 0665, 2014 0716, 2014 0716/1
Vorlage: 2014 0716/2

Einwohnerfragestunde

Öffentlicher Teil

1. Feststellung der Anwesenheit, Beschlussfähigkeit und Tagesordnung

Herr Braun und **Herr Hunze** eröffneten die gemeinsame Sitzung des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport und des Bauausschusses und begrüßten die anwesenden Ausschussmitglieder und Gäste.

Herr Braun stellte für den Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport die An-

wesenheit und die Beschlussfähigkeit fest. Anschließend schlug er vor, die Schulleiterin der Gudrun-Pausewang-Grundschule, **Frau Herzberg**, und den Schulleiter des Gymnasiums Burgdorf, **Herrn Loske**, als Sachverständige an der Sitzung teilnehmen zu lassen. **Herr Schulz** schlug vor, die Runde zudem um die Elternvertreter des Schulvorstandes der beiden Schulen (**Frau Hofmann** für das Gymnasium Burgdorf und **Herr Stelzer** für die Gudrun-Pausewang-Grundschule) zu erweitern. Dieses Vorgehen fand die Zustimmung der Mitglieder beider Ausschüsse.

2. Mitteilungen des Bürgermeisters

2.1. Mitteilung - Sachstand Sanierung Hallenbad Vorlage: 2014 0746

Ergänzende Fragen wurden nicht gestellt.

Schulangelegenheiten

3. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule

3.1. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Weiteres Vorgehen Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389, 2014 0547, 2014 0665 Vorlage: 2014 0716

Herr Lehmann gab einen aktuellen Sachstandsbericht der Verwaltung zur geplanten Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule ab (Anlage 1).

Herr Schaper vom Planungsbüro ARGE 21 ging auf den Bericht ein und erklärte, dass man das Projekt bis zum Schluss begleiten könnte. Zur Frage einer Budgetierung sagte er, dass man die genannten Gesamtsummen als Budget verstehe. Genauere Zahlen könnten erst nach Aufsplittung in die einzelnen Gewerke und anhand von aktuellen Marktpreisen und Ausschreibungsergebnissen ermittelt werden.

Frau Gersemann erinnerte daran, dass der Rat der Stadt Burgdorf seinerzeit drei Ziele formuliert habe: Burgdorf als Lernstandort zu stärken und weiterzuentwickeln, Burgdorf als familienfreundliche Stadt zu positionieren und gleichzeitig ein abwechslungsreiches Kultur- und Sportangebot vorzuhalten. Die Raumplanung sei noch nachzubessern und die Verkehrsplanung

zu klären, dennoch zeigte sie sich überzeugt, dass beide Schulen von einer räumlichen Zusammenlegung profitieren würden. **Frau Gersemann** erinnerte daran, dass ab dem kommenden Sommer beide Schulen als Offene Ganztagschulen betrieben würden; ein mittelfristiger Wandel zur Gebundenen Ganztagschule sei absehbar. Im Namen der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen stellte sie den Antrag, die Mensa-Kapazität um 50 Plätze zu erweitern. Im Hinblick auf die später zu erfolgende Abstimmung zum zukünftigen Standort der GPGS erklärte sie, dass der Arbeitskreis ihrer Einschätzung nach konstruktiv und respektvoll zusammengearbeitet habe, dass Politik manchmal aber auch unerfüllte Wünsche aushalten müsse.

Herr Köneke erklärte, dass er den Umzug der GPGS in einen sanierten C-Trakt zunächst für eine gute weil kostengünstigere Variante gehalten habe. Im Laufe der Zeit seien die für eine Sanierung veranschlagten Kosten jedoch immer weiter heraufgesetzt worden, bis ein Neubau annähernd kostengleich gewesen bzw. inzwischen sogar günstiger sei. Er erinnerte daran, dass die GPGS auf eine Nutzungsdauer von 90 Jahren ausgelegt sei, wovon gerade erst die Hälfte um sei. Zudem gebe es mit der Nachhaltigkeit und dem Klimaschutz zwei weitere wichtige Punkte zu berücksichtigen. So sei der CO₂-Ausstoß bei einem Schulneubau sicherlich deutlich höher als bei einer Sanierung. Insgesamt sei das Konfliktpotential durch die Verflechtung von zwei Schulen größer als der zu erwartende Synergieeffekt. Die CDU-Fraktion empfehle daher, die Sanierung oder den Neubau der GPGS am bisherigen Standort Grünwaldstraße zu prüfen.

Herr Obst erinnerte daran, dass seinerzeit aufgrund einer erstellten Prioritätenliste entschieden worden sei, die GPGS als erste Schule zu sanieren. Dem von **Frau Gersemann** gestellten Antrag, die Mensa zu vergrößern, schließe er sich an. Wichtig sei ihm vor allem die Frage, ob das Gymnasium bei einem Wegfall des C-Traktes über ausreichende Räumlichkeiten in den anderen Trakten verfüge, um zukunftsfähig zu sein.

Frau Herzberg erklärte, dass die Vorlagen der Verwaltung in einigen Punkten missverständlich seien. Es gebe bereits ein mit dem Hort abgestimmtes Konzept zur gemeinsamen Raumnutzung mit der OGS. Sie betonte, dass die GPGS in jüngster Zeit keinen erweiterten Raumbedarf angemeldet habe, ganz im Gegenteil: der 2012 genannte Bedarf, der schon damals einen Kompromiss dargestellt habe, sei zwar anerkannt worden, trotzdem werde man zukünftig deutlich weniger Gruppenräume zur Verfügung haben. Auch sei der Werkraum von bislang ca. 80 m² auf aktuell 40 m² verkleinert worden (hier soll durch den Planer nachgebessert werden). **Frau Herzberg** widersprach der Aussage, dass eine Vergrößerung von Mensa und Bibliothek zu Lasten des Schulhofs gehen müsse/könne. Der Schulhof sei bereits mehr als knapp bemessen. Zudem sprach sie sich vehement dagegen aus, die Ergänzungsfläche der Mensa in den OGS-Bereich auszuweiten. Des Weiteren erklärte sie, dass die vorhandenen Sporthallen durch Gymnasium und GPGS voll ausgelastet sein würden und nicht mehr durch den Kindergarten genutzt werden könnten. Auch sei die Anzahl der vorgesehenen Parkplätze sehr knapp bemessen, da sich die im OGS-Nachmittagsangebot beschäftigten Mitarbeiter sicherlich auch einen schulnahen Parkplatz wünschten.

Herr Fleischmann bezeichnete den Verbleib der GPGS am bisherigen Standort als pädagogisch sinnvollste Lösung. Er unterstellte der Verwaltung, den Umzug auf das Gelände des Gymnasiums vor allem deshalb zu favorisieren, um das Gelände der GPGS vermarkten zu können. Er stellte daher den Antrag, den Beschluss zur Zukunft der Gudrun-Pausewang-Grundschule zu verschieben und die Kosten für einen Neubau der GPGS samt Sporthalle am

bisherigen Standort zu ermitteln.

Frau Hofmann erklärte, dass man am Gymnasium viele Kompromisse eingegangen sei und den Raumbedarf bereits reduziert habe. Die Zukunftsfähigkeit der Schule werde durch die Minimierung der Raumausstattung deutlich eingeschränkt. Die in den Trakten A, B und D angedachten Aufenthaltsbereiche in den Fluren würden akzeptiert, wenn sie auch kein gleichwertiger Ersatz für Arbeitsplätze in der Bibliothek seien, in der außerdem ein Leseraum und Platz für die ehrenamtlich Tätigen fehle. Es sei richtig, dass die Mensa im Gymnasium momentan nicht gut laufe, jedoch lasse die Einführung der OGS erwarten, dass ca. 80 Schülerinnen und Schüler der Jahrgänge 5-7 die Mensa nutzen würden, hinzu kämen noch Essen für die älteren Jahrgänge, so dass mit ca. 100 Essen täglich zu rechnen sei. Insofern habe die Erweiterung der Mensa Priorität. **Frau Hofmann** zeigte sich verwundert, dass die Schulhofplanung bereits in einem so frühen Stadium begonnen wurde.

Herr Schulz betonte, dass Entscheidungen nur sinnvoll seien, wenn sie durch die Lehrer und die Schulleitungen mitgetragen würden. Grundsätzlich eröffne ein Umzug der GPGS Möglichkeiten, die Südstadt städtebaulich neu auszurichten. Insofern plädiere er für den Umzug der GPGS.

Herr Loske schloss sich der Meinung von **Frau Hofmann** an, dass die in den Trakten A, B und D angedachten Aufenthaltsbereiche eine kreative Bereicherung, jedoch kein Ersatz für Arbeitsplätze in der Bibliothek seien. Durch die Abgabe des C-Traktes und die Umstellung von G8 auf G9 seien rund 400 weitere Schülerinnen und Schüler unterzubringen, was nach dem neuen Raumkonzept gerade so möglich sein werde. Für die Zukunft könne er dazu aufgrund der nicht zu planenden Schülerzahlen keine Aussage treffen. Bezüglich der Bibliothek betonte er, dass sie nach seinem Verständnis nicht nur zur Ausleihe, sondern auch zum dortigen Arbeiten dienen solle.

Herr Lehmann bestätigte, dass man nicht für alle Eventualitäten planen könne, ein absoluter Bedarf sei schwer zu ermitteln bzw. verändere sich fortlaufend. Bei Berücksichtigung des Themas Nachhaltigkeit sei jedoch nur ein Neubau sinnvoll. Die unterschiedlichen Kostenschätzungen zwischen Machbarkeitsstudie und aktueller Vorplanung lägen darin begründet, dass Aspekte wie die Inklusion auch mit der Barrierefreiheit und Änderungen in der Funktion des Schulbetriebs ("Jahrgangs-Cluster") nur in der Planung berücksichtigt worden seien. Daher seien die Zahlen nicht miteinander vergleichbar. Die Anzahl der Parkplätze könne noch erhöht werden, allerdings habe auch dann nicht jeder Mitarbeiter Anspruch auf einen kostenlosen Parkplatz. Er widersprach energisch der geäußerten Ansicht, dass der Wille zur Grundstücks-Vermarktung die entscheidende Rolle bei den Diskussionen um den Umzug der GPGS spiele. Zur Größe der Bibliothek führte er aus, dass die momentane Bibliothek des Gymnasiums eine Fläche von 180 m² habe, inkl. Leseraum. Der neue Bereich sei mit 170 m² geplant, die Differenz betrage also lediglich 10 m². Auch ihm sei bewusst, dass die Aufenthaltsbereiche in den Fluren keinen Ersatz, sondern ein zusätzliches Angebot darstellen würden. Was die Mensa angehe, so hätte die Erfahrung gezeigt, dass viele Schulen dort zu groß gebaut hätten. Die Schulhofgestaltung sei deshalb früh berücksichtigt worden, weil anfangs gerade bei der Thematik eines gemeinsamen Schulhofs große Bedenken bestanden hätten. Insofern habe man gewusst, dass sich bei der Schulhofplanung noch Änderungen ergeben würden.

Herr Kugel ergänzte, dass bei Einführung von G9 zum Schuljahr 2015/16

erstmalig zum Schuljahr 2020/21 ein 13. Jahrgang zu beschulen sei.

Herr Baxmann betonte, dass die Verwaltung hinsichtlich der anstehenden Entscheidungen keine Eigeninteressen verfolge, sondern hier Dienstleister für die politischen Gremien sei. Ziel sei es bei allen bisherigen Überlegungen gewesen, eine pädagogisch sinnvolle als auch finanziell machbare Lösung zu finden. Es habe sich aber gezeigt, dass die Summe aller Einzelinteressen nicht das Gesamtinteresse ausmache. Das Interesse der Schulleiter, Lehrer und Elternvertreter, für ihre Schule das Optimum "herauszuholen", bezeichnete er als legitim – eine Trennlinie zwischen Wunsch und Bedarf sei nur schwer zu ziehen. Wie die zukünftige Mensa und die Bibliothek angenommen würden, lasse sich nicht vorhersagen, er sei sich jedoch sicher, dass die Zukunftsfähigkeit einer Schule nicht von 20 m² Bibliotheksfläche abhängen würde. Die alte Bausubstanz der GPGS lasse keine Investitionen mehr zu, Folgekosten seien nicht mehr zu überschauen.

Herr Zschoch erklärte, dass die CDU-Fraktion einem Umzug der GPGS lange positiv gegenübergestanden habe. Im Laufe der Diskussion hätten sich jedoch die Vorteile relativiert und neue Problemfelder aufgetan. Um eine behutsame Entscheidung treffen zu können, müsse auch die Möglichkeit geprüft werden, die GPGS am alten Standort zu belassen. Da eine Entscheidung von einer breiten Mehrheit getragen werden sollte, plädierte er dafür, in dieser Sitzung noch keine Empfehlung auszusprechen.

Frau Gersemann erkundigte sich nach den Kosten für eine Erweiterung der Mensa um die vorgeschlagenen 50 Plätze. **Herr Lehmann** bezifferte die Kosten auf ca. 215.000 €.

Herr Eggers zeigte sich darüber erfreut, dass die aus wirtschaftlichen Gesichtspunkten ausgeklammerte Diskussion um eine Beibehaltung des Standorts wieder aufgenommen worden sei. Die GPGS habe im geplanten Neubau auf Dauer nicht genügend Platz, eine Änderung der Schuleinzugsbezirke sehe er nicht als das richtige Mittel an. Zudem fehle es ohne die Sporthalle der GPGS an Kapazitäten für Sportvereine und Kindergarten. Auch er schlug daher vor, einen Neubau am Standort Grünwaldstraße zu prüfen.

Herr Baxmann erklärte, dass an den anderen Grundschulen noch Raumkapazitäten vorhanden seien und bezeichnete die Änderung von Schuleinzugsbezirken als legitimes Mittel zur Auslastung vorhandener Räumlichkeiten. Die Stadt könne nicht nur die GPGS singularär betrachten, sondern müsse auch die Zukunftsfähigkeit der GHS I im Auge behalten. Er erklärte weiter, dass eine Reduzierung der Betriebskosten durch die Zusammenlegung der beiden Schulen ein wichtiger Aspekt sei, den man nicht außer Acht lassen dürfe. Zudem müsse geprüft werden, ob man zukünftige Baumaßnahmen nicht auch als ÖPP-Projekt (öffentlich-private Partnerschaft, vertraglich geregelte Zusammenarbeit zwischen öffentlicher Hand und einem Unternehmen) realisieren könne. Zur Sporthallenfrage zeigte sich **Herr Baxmann** zuversichtlich, den Hallenbedarf der Sportvereine auch zukünftig decken zu können.

Herr Kugel wies darauf hin, dass die ehemals genannte und im Vergleich zu den jetzt genannten Zahlen günstige Summe von 6,6 Mio. € für die Sanierung der GPGS lediglich dazu ausgereicht hätte, vorhandene Mängel abzustellen – die Raumsituation wäre unverändert geblieben. Die eigentlichen Mängel der Schule (Raumzuschnitt und Flure, Verkehrswege, Glaselemente im Gebäude, Größe des Grundstücks, Energetik) wären nicht abgestellt worden. Die jetzt von der ARGE 21 genannte Summe von 13,2 Mio. € würde diese Punkte abdecken, sei damit jedoch teurer als der Neubau an anderer

Stelle, zudem entfielen die teilweise Refinanzierung durch den Grundstücksverkauf sowie die Einsparungen bei den Betriebskosten, da der C-Trakt auch weiterhin unterhalten werden müsste. Ohne Umzug der GPGS ergäben sich Probleme am Gymnasium, die gelöst werden müssten (C-Trakt unwirtschaftlich und zu groß, Standort Bibliothek, Standort Mensa). **Herr Kugel** bat nochmals darum, den städtischen Haushalt nicht aus den Augen zu verlieren – dazu gehöre auch, eine eventuell unbequeme Entscheidung treffen zu müssen.

Herr Stelzer erklärte, dass man zwar die Grundschüler an anderen Grundschulen unterbringen könne, jedoch nicht die Gymnasiasten an einem anderen Gymnasium. Unter diesem Gesichtspunkt bleibe der Raum im Gymnasium zu knapp bemessen. Auch er plädiere daher für einen Neubau auf dem Gelände an der Grünewaldstraße.

Herr Schrader äußerte die Einschätzung, dass der demografische Wandel dafür sorgen werde, dass sich die zukünftigen Schülerzahlen reduzieren würden.

Herr Hunze erklärte, dass für ihn eine Sanierung des alten GPGS-Gebäudes nicht zur Diskussion stehe. Da die Kosten für einen Neubau aber unabhängig des Standortes gleich hoch seien, könne auch über einen Neubau an der Grünewaldstraße nachgedacht werden. Auf jeden Fall müsse eine Empfehlung wohlüberlegt und zukunftsfähig sein. Aus diesem Grund schlage er vor, die Entscheidung zu verschieben. **Herr Baxmann** betonte, dass eine heutige Empfehlung durch die Ausschüsse wichtig für die anstehenden Haushaltsberatungen sei und das Projekt ohne Entscheidung deutlich später umgesetzt werden könne.

Herr Schaper erklärte, dass man bemüht gewesen sei, ein Projekt zu entwickeln, das von allen Beteiligten mitgetragen werden könne. Falls man sich für die Sanierung der GPGS entscheide und das Gebäude anschließend neu, in jeder Hinsicht modernen Ansprüchen genügen solle, müsse man mit einer enormen Kostensteigerung rechnen. Auch dürfe man nicht vergessen, dass beim Verbleib der GPGS am bisherigen Standpunkt zwei Mensen erforderlich wären.

Frau Heldt zweifelte die Sinnhaftigkeit eines Aufschubs an, über kurz oder lang müsse die Politik Farbe bekennen. Eine Vergrößerung der Mensa sei ihrer Einschätzung nach nicht notwendig, da sich auch die Zahlen bisheriger Abfragen, z.B. bei der Einrichtung der Mensa am Gymnasium, als wenig aussagekräftig erwiesen hätten. Sie sei davon überzeugt, dass beide Schulen vom neuen Raumkonzept profitieren würden. Von daher spreche sie sich für einen Neubau auf dem Gelände des jetzigen C-Traktes aus. **Frau Heller** schloss sich dieser Meinung an.

Herr Fleischmann erklärte, dass es sich beim zukünftigen Rückgang der Schülerzahlen um eine reine Vermutung handele, die nicht zu beweisen sei. Auch die positiven Auswirkungen auf die Südstadt halte er für ein schwaches Argument, da man diesbezüglich längst hätte aktiv werden können. Er bezog sich auf die von **Herrn Baxmann** getätigte Aussage, wonach die Verwaltung lediglich Dienstleister sei und die Beschlüsse der Politik umsetze. Fakt sei jedoch, dass die Gestaltung der Vorlagen den Umzug in einen Neubau auf dem Gelände des Gymnasiums nahelege. Davon, städtische Bauvorhaben als ÖPP-Projekt zu verwirklichen, rate er dringend ab.

Frau Hofmann erinnerte daran, dass die Inklusion beim Raumkonzept am

Gymnasium nicht berücksichtigt worden sei – für die inklusive Beschulung würden mehr Klassenräume für kleinere Klassen benötigt. Schon jetzt würden Schüler und Lehrerschaft räumlich eingeschränkt arbeiten. Dem Sinken der Schülerzahlen stehe sie aufgrund der angebotenen Baugrundstücke für Familien skeptisch gegenüber. **Frau Hofmann** bat im Namen der Schülerschaft darum, die Zusage einzuhalten, nach der das Gymnasium nicht benachteiligt werde und beide Schulen von der Zusammenlegung profitieren sollen.

Herr Köneke erklärte, dass man sich bezüglich der Revitalisierung des Rubensplatzes keinen Illusionen hingeben solle. Er bemängelte, dass in der Kostenkalkulation die Abschreibungen nicht konsequent und flexibel genug aufgeführt worden seien. Zudem zweifelte er die Stellungnahme des Tragwerkplaners an, nach der ein Neubau nicht auf der bestehenden Unterkellerung des C-Traktes errichtet werden könne. Solche Falschaussagen führten zu einer verzerrten Beratung und würden das Ergebnis beeinflussen. **Herr Philipps** entgegnete, dass man bei der Berücksichtigung von Abschreibungen an die Vorgaben des kommunalen Haushaltsrechts gebunden sei und diesbezüglich keinen Spielraum habe.

Herr Rheinhardt erklärte, dass er verstehe, wenn Schulleiter in erster Linie für die Interessen ihrer Schule eintreten würden; die Politik habe jedoch die Verpflichtung, bei allen Entscheidungen auch die anderen Burgdorfer Schulen im Blick zu behalten. Er wies darauf hin, dass die im Zuge des Umzugs bereits begonnenen Umbaumaßnahmen gestoppt werden müssten, wenn der Umzug nicht politisch beschlossen werde. **Herr Loske** betonte, dass sich ein Baustopp wenn überhaupt nur auf die Baumaßnahmen beziehen könne, die mit der Zusammenlegung der Schulen in unmittelbarem Zusammenhang stünden. Bei einigen Maßnahmen bestünde dringender Handlungsbedarf, so würde z.B. ein Kind im Rahmen der Inklusion momentan im Lehrerzimmer betreut, weil ansonsten kein geeigneter Raum zur Verfügung stünde. **Herr Baxmann** betonte, dass das Gymnasium durch den geplanten Umzug der GPGS in der Prioritätenliste zur Mängelbeseitigung deutlich nach oben gerückt sei.

Frau Oerke beklagte sich darüber, dass Lehrer und Schüler nicht ausreichend in den Entscheidungsprozess eingebunden worden seien, oftmals sei man vor vollendete Tatsachen gestellt worden. Die durch die Lehrerschaft genannten Bedarfe seien abgeschmettert worden. Bei fest zugesagten Punkten wie der Installation von Schallschutzfenstern an der Ostseite des Gebäudes oder der Ausstattung der Klassenräume mit Activboards sei bislang nichts passiert. Wichtig sei bei der Umsetzung eines solchen Projektes doch vor allem die Zufriedenheit der unmittelbar Beteiligten. **Herr Kugel** entgegnete, dass über den Haushalt 2014 eine Summe von 35.000 € für die Beschaffung von Activboards zur Verfügung gestellt worden sei, die Schule habe jedoch entschieden, das Geld zum Teil anders einzusetzen (Lieferung von 3 Activboards in den Herbstferien 2014). Auch für 2015 seien entsprechende Mittel eingeplant. Zur Frage der Einbindung von Lehrern und Schülern in den Entscheidungsprozess betonte **Herr Kugel**, dass von vornherein festgestanden habe, dass es sich bei dem Arbeitskreis um ein Gremium ohne Stimmrecht handele. **Herr Lehmann** ergänzte, dass die besprochenen Maßnahmen zum Schallschutz berücksichtigt würden. Zudem sei das Thema Inklusion auch bei den Planungen im Gymnasium berücksichtigt worden.

Herr Zschoch erklärte, dass jede der diskutierten Varianten unweigerlich zu einer Mehrverschuldung der Stadt führen werde – wenn man also in dieser Höhe investiere, müssten im Anschluss auch alle Beteiligten mit dem Ergeb-

nis zufrieden sein. Momentan bestünden noch zu viele Unklarheiten, um entscheiden zu können. Eine übereilte Entscheidung würde dem bisherigen Engagement der Lehrer- und Elternschaft nicht gerecht werden. Zudem hege er Zweifel am angesetzten Erlös durch die Grundstücksvermarktung.

Herr Baxmann wies darauf hin, dass eine Bürgerbeteiligung zwar bedeute, Vorgänge transparent zu machen und Vorschläge abzuwägen, dass sie die Politik jedoch nicht davon entbinde, Entscheidungen treffen zu müssen. Da in der Diskussion keine neuen Argumente mehr zu erwarten seien, sei es nun Aufgabe der Politik zu entscheiden.

Frau Hofmann bat nochmals darum, bei der Planung von Räumlichkeiten und Schallschutz am Gymnasium nachzubessern. Sie und andere Eltern hätten viel Zeit und Kreativität investiert, von daher wäre es schade, wenn ihre Mitarbeit im Arbeitskreis lediglich Alibi-Funktion gehabt hätte. Zudem erinnerte sie daran, dass sie die Mitglieder des Ausschusses für Schulen, Kultur und Sport eingeladen habe, die Bibliothek des Gymnasiums in Betrieb zu erleben. Dieser Einladung sei leider niemand gefolgt.

Frau Herzberg gab zu bedenken, dass auch beim Verbleib der GPGS am alten Standort noch Gelände zum Vermarkten übrig bliebe (Teil des Schulhofs, Obstwiese).

Herr Eggers betonte, dass eine Bürgerbeteiligung lt. Wikipedia auch eine Beteiligung bei der Entscheidungsfrage beinhalte. Momentan laufe es auf eine Entscheidung hinaus, die für beide Schulen gerade noch akzeptabel sei. Er erinnerte daran, dass eine gute Schule von einer engagierten und motivierten Lehrerschaft abhängig sei.

*Herr Braun unterbrach um 19.49 Uhr die Sitzung.
Die Sitzung wurde um 20.00 Uhr fortgesetzt.*

Frau Gersemann zeigte sich verwundert über die Aussage, dass die Meinung der Lehrer und Eltern nicht ernstgenommen werde. Sie wiederholte den Antrag, die Mensa um 50 Plätze zu erweitern. Zudem sollte der Planer prüfen, ob man die Bibliothek mit geringem Aufwand um 20 m² vergrößern könne. Außerdem sollte der Schallschutz am Gymnasium kurzfristig installiert werden, wenn sich dies als notwendig herausstellen sollte. Über diese drei Punkte solle im Paket abgestimmt werden.

Herr Hunze äußerte die Befürchtung, dass man die Mitglieder des Arbeitskreises außen vor lasse, wenn man die Möglichkeit einer Sanierung der GPGS nicht zumindest prüfen lasse. Entgegen seiner eigenen Überzeugung stellte er deshalb den Antrag, die Sanierung der GPGS prüfen zu lassen und die Entscheidung um drei Monate zu verschieben. **Herr Baxmann** gab zu bedenken, dass man alleine von den zu erwartenden Planungskosten den Schallschutz und die Vergrößerung der Bibliothek bezahlen könnte. Eine Verschiebung der Entscheidung mache die Verwaltung handlungsunfähig und bedeute eine Verzögerung um mindestens ein Jahr. **Herr Hunze** entgegnete, dass man die Mittel trotz noch ausstehender Entscheidung in den Haushalt einstellen könnte. **Herr Lehmann** gab zu bedenken, dass die Planung zur Sanierung der GPGS eventuell europaweit ausgeschrieben werden müsste. Dass ein Ergebnis innerhalb von drei Monaten feststünde und politisch entschieden werden könne, sei aus seiner Sicht zweifelhaft. Und ob das Ergebnis dann tatsächlich günstiger ausfallen werde als die Kostenkalkulation durch ARGE 21, sei äußerst fraglich.

Herr Braun ließ gesondert über die drei im Laufe der Sitzung formulierten Anträge abstimmen:

1.

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeit einer Sanierung der Gudrun-Pausewang-Grundschule zu prüfen. Eine Entscheidung über Sanierung, Umzug oder Neubau wird um drei Monate verschoben.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport lehnte diesen Antrag mit 5 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen ab.

2.

Der Beschluss zur Zukunft der Gudrun-Pausewang-Grundschule wird verschoben.

Die Kosten für einen Neubau der Gudrun-Pausewang-Grundschule samt Sporthalle am bisherigen Standort in der Grünwaldstraße werden ermittelt.

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport lehnte diesen Antrag mit 5 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen ab.

3.

Die Gudrun-Pausewang-Grundschule wird nach Variante 2 in einem Neubau anstelle des Traktes C ohne Fahrradkeller untergebracht.

Für die weitere Planung wird

- a) *die Größe der derzeit geplanten Mensa um 50 Plätze (92 m² BGF, Investitionskosten von rund 215.000 €) erweitert und*
- b) *die Größe der derzeit geplanten Bibliothek um 20 m² vergrößert, wobei insb. durch Umplanung im Gebäude angestrebt wird, die zusätzlichen Investitionskosten gering zu halten.*
- c) *Zusätzlicher Schallschutz für die an den künftigen Grundschulhof angrenzenden Unterrichtsbereiche des Gymnasiums wird realisiert, sobald dieser nach der Verlegung der GPGS benötigt wird.*

Der Ausschuss für Schulen, Kultur und Sport lehnte diesen Antrag mit 5 Ja-Stimmen zu 5 Nein-Stimmen ab.

3.2. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Folgekostenberechnung
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389, 2014 0547, 2014 0665
Vorlage: 2014 0716/1

3.3. Verlegung der Gudrun-Pausewang-Grundschule - Fragenkatalog
Bezugsvorlagen: 2013 0420, 2013 0420/1, 2013 0420/2, 2013 0453, 2013 0389, 2014 0547, 2014 0665, 2014 0716, 2014 0716/1
Vorlage: 2014 0716/2

Einwohnerfragestunde

- a) Eine Lehrerin der GPGS zeigte sich enttäuscht darüber, dass sie und viele andere annähernd 2 Jahre diskutiert und Arbeit und Zeit investiert hätten und nun so einfach gegen ihre Ansichten abgestimmt worden sei. Der Antrag von **Herrn Fleischmann** sei letztendlich zu kurzfristig gestellt worden, zudem sei das gesamte Vorgehen nicht sehr transparent gewesen. **Herr Baxmann** entgegnete, dass man mitnichten "einfach so" abgestimmt habe und verwies auf die zahlreichen Sitzungen und Arbeitstreffen verschiedenster Gremien.

Auf Nachfrage erklärte **Herr Lehmann**, dass die Vorschläge zu den Fahrradabstellplätzen bis zur Ratssitzung im Dezember mit einem Verkehrsplaner erörtert, dann mit den Schulleitungen diskutiert und dann mit einer Kostenschätzung vorliegen sollen.

Ein Einwohner erklärte, dass Diskussion und Abstimmungsergebnisse gezeigt hätten, dass es nicht gelungen sei, eine breite Basis zu schaffen.

- b) **Herr Loske** stellte den Wandkalender des Gymnasiums für das Jahr 2015 vor und regte zum Kauf an.
- c) Eine Mitarbeiterin der Schulbibliothek des Gymnasiums lud die Ausschussmitglieder ein, die Bibliothek in einer Pause zu besuchen, um sie in Betrieb zu erleben.

Geschlossen:

Bürgermeister

Ratsvorsitzender/Ausschussvorsitzender

Protokollführer